

**Verteiler an:**

Staatsministerium für Kultur und Medien  
Staatsminister Bernd Neumann  
E-Mail: [poststelle@bkm.bmi.bund.de](mailto:poststelle@bkm.bmi.bund.de)

**13.März 2013**

An MdB Politiker der CDU Arnold Vaatz und Volker Kauder  
[arnold.vaatz@bundestag.de](mailto:arnold.vaatz@bundestag.de) / [volker.kauder@bundestag.de](mailto:volker.kauder@bundestag.de)

Bürgerkomitee Leipzig e.V.  
Der Vorstand – Herr Dr. Konrad Taut /Herr Tobias Hollitzer  
E-Mail: [mail@runde-ecke-leipzig.de](mailto:mail@runde-ecke-leipzig.de)

Chefredaktion SUPER ILLU Herr Robert Schneider  
[Robert.schneider@burda.com](mailto:Robert.schneider@burda.com) / [gerald.praschl@burda.com](mailto:gerald.praschl@burda.com)

## **Protestschreiben gegen eine Buchvorstellung durch die Stasikollaborateurin Jana Döhring am 15. März 2013 in Räumen der Gedenkstätte Museum „Runden Ecke“/Leipzig**

Sehr geehrte Damen, Sehr geehrte Herren,  
Der Widerwille seitens betroffener SED-Opfer richtet sich nicht nur gegen die Täterschaft Jana Döhring, die sich durch eine Buchlesung öffentlich outen möchte, und bezugnehmend nach einem Rezensionskommentar sich in Selbstmitleid und Selbstgerechtigkeit wechselnden Darstellung als Täter zum Opfer entlart und dadurch den eigentlichen **Skandal** auslöst, der zerstörerische Folgen für die Opfer des SED-Unrechtsstaates entschuldigen soll und verklärt, sondern auch auf folgende Darstellung.

Ebenso die Wahl der Vorlesung in den Räumen der Opfer-Gedenkstätte „Runde Ecke“ in Leipzig ist als **skandalös** zu bezeichnen. Diese Orte sollten heute keine Bühne abgeben für Krokodilstränen von bewusst handelnden Täter- und Täterinnen, die ihre Vergangenheit kommerziellen Zwecken zu nutzen versuchen. Hier protestieren verfolgte Opfer sehr eindringlich, und fordern eine Absage, da die Gedenkstätte ein gemeinnütziger Verein ist, der aus Mitteln durch Beschluß des Deutschen Bundestages und aus Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst sowie durch die Stadt Leipzig gefördert wird. Dieser Apell richtet sich insbesondere an den vertretungsberechtigten Vorstand Dr. Konrad Taut und Tobias Hollitzer, die für eine skandalöse „Plattformvergabe“ an MfS-Täter verantwortlich zeichnen.

Eine per E-Mail beschriebene Begründung, bezugnehmend der begleitenden Moderation zur Vorlesung dieser Opportunistin, durch den Chefreporter **Gerald Praschl** der Zeitschrift SUPER-ILLU unterstreicht die Sprachlosigkeit, die „betroffene Opfer“ beim Lesen erfahren mussten. Herr Praschl erlaubt der Adressatin (ehem. politische Verfolgte Angelika Kanitz) die Weitergabe seines Statements an die verfolgten Mitstreiter mit der Aufforderung „es läge also an ihnen“, (gemeint: Opfer des SED-Unrechtsstaates), sich mal wieder mit „Vergebung“ zu beschäftigen. Der Chefreporter Gerald Praschl möchte vermitteln, dass es bei der Vorlesung um die „Bedingungen von Vergebung“ geht. Er beschreibt zwar die Absage der Opfer an den „Versöhnungsgedanken“ durch die Bischöfin Junkermann, dass wir bereits durch unsere Initiative ablehnten. Hr. Praschl hat immer noch nicht begriffen, dass SED-Täter 1. kein Unrechtsbewußtsein zeigen, 2. ihre Denunziantenarbeit als Berufung und als Ehre empfinden und nicht zuletzt ihre Menschenverachtung und die Persönlichkeitsrechte der Bürger nach dem Unrechts-System der DDR-Diktatur ausgerichtet und einst mit Füßen getreten hatte. Diese Privilegien der Täter sind Ausdruck einer Kriminalität, die sie für sich nutzten und heute verklären wollen. Politische Häftlinge galten als „Staatsverbrecher“, und ich denke, dass wir dem Chefreporter in Sachen „Opfer-Status“ keine Nachhilfestunde geben müssen.

Deshalb wäre es angebracht, wenn Herr Praschl sich gegenüber den SED-Opfern öffentlich für seine „Mail“ entschuldigen würde. Der SUPER-ILLU Reporter verliert auch kein Wort in seinem Statement darüber, dass die Gedenkstätte und Museum „Runden Ecke“ nicht für derartige Vorlesungen geeignet ist. Darin erkennen wir die Einseitigkeit seines Statements.

Der SED-Staat vertrieb Millionen Menschen, brachte Hunderttausende in die Gefängnisse, mit vielen Todesopfern an den Grenzen des Unrechtsstaates, weitere Zigtausende leiden heute noch gesundheitlich und beruflich unter dieser außenrechtlichen Verfolgung und Benachteiligung. Stasispitzel und Denunzianten haben die DDR-Staatsmacht aktiv und nachhaltig bei ihren Wirken unterstützt. Eine kleine Stasimizie, deren Geschäft so alt ist wie die Menschheit soll nun in einer Opfer-Gedenkstätte sich reinwaschen können ? Dieser Vorgang ist unglaublich! Reporter, die auf „Teufel komm raus“ nicht davor zurückschrecken, hier im Vorfeld die Lesung und die Person zu verklären, müssen sich unsere Kritik gefallen lassen.

Zusammenfassend stellt auch der Generalstaatsanwalt a.D. Christoph Schaeffgen in seiner Veröffentlichung der UOKG fest, „dass die Täter des SED-Unrechtsstaates bei der juristischen Aufarbeitung des SED-Unrechts gut weggekommen sind. Sie waren Nutznießer der Prinzipien, die das bundesdeutsche rechtstaatliche Strafverfahren auszeichnen, des Rückwirkungsverbots, der Unschuldsvermutung, des Gebot der Achtung der Menschenwürde. Nicht Sympathie für die Täter, nicht gewollter Täterschutz, sondern die Treue zum Rechtsstaat ließen die Justiz so handeln, wie sie gehandelt hat. Die Opfer mussten in ihren Erwartungen an den Rechtsstaat Bundesrepublik enttäuscht werden, weil das deutsche Strafrecht täterzentriert ist. Auf dem Hintergrund der Opfererwartung drängt sich deshalb das Urteil auf, dass der Versuch der strafrechtlichen Aufarbeitung fehlgeschlagen ist.“

Auch gerade hinter diesem Aspekt sind weitere täterzentrierte Anliegen für die Opfer nicht hinnehmbar. Unser Protest wird immer dort sein, wo Täter versuchen die Wahrheit zu verklären. „Die Täter sind unter uns“ von Hubertus Knabe, ist nicht nur ein Slogan, sondern real. Die Bundesrepublik hat Rehabilitierungen für Opfer im Einigungsvertrag vorgesehen, nicht für Täter. Sie will damit bezwecken, den Betroffenen vorrangig Genugtuung zu verschaffen und seine Würde wieder herzustellen. (BT-Drs.12/1608 S.13) Sofern aber in Abständen Täter eine öffentliche Plattform erhalten, kann die Würde dieser verfolgten Menschen nicht hergestellt werden. Ein Versöhnungs- oder Vergebungsgedanken wird von Opfern des SED-Unrechtsregimes abgelehnt bzw. muß jeder für sich allein diese Entscheidung treffen.

Autor:

Bruni Grabow [www.sed-opfer-hilfe.de](http://www.sed-opfer-hilfe.de) Mitgl. Nds.Netzwerk für SED-und Stasiopfer, NRW

In Vertretung vieler Verfolgten zeichnen mit:

Harald Beständig aus Pinneberg Mitglied Nds. Netzwerk für SED-u. Stasiopfer Niedersachsen

Günter Gross aus Garbsen Mitglied Nds. Netzwerk für SED-und Stasiopfer Niedersachsen

Andreas Schwarz aus Leipzig Sachsen

Dieter Henning aus OPR Banzendorf BRB

Inge Naumann im Namen des Vereins Hoheneckerinnen

Angelika Kanitz Hoheneckerin- Dänemark/Bürgerrechtlerin

Regine und Peter Hahndorf Stendal BRB

Karin Bußler Baden Württemberg

Manfred Springer VOS Hamburg

Klaus Bayer

Burckhard Geißler Neuruppin BRB

Thomas Kühne Geseke NRW

Weitere Namen noch offen / Entwurf